

Freizügigkeits-Reglement

Vorbemerkungen

Immer wenn im vorliegenden Reglement der Begriff *Vorsorgenehmer* verwendet wird, gilt er für beide Geschlechter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, jeweils die männlichen und die weiblichen Bezeichnungen zu verwenden.

Der im Sinne des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004 eingetragene Partner ist einem Ehegatten gleichgestellt.

1 Zweck

Das Freizügigkeitskonto bezweckt die Erhaltung und Weiterführung des im Rahmen der beruflichen Vorsorge erworbenen Vorsorgeschutzes.

Die gesetzlichen Grundlagen sind das Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993 (FZG) und die Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 3. Oktober 1994 (FZV).

2 Abschluss und Vollzug der Vereinbarung

Die Credit Suisse Freizügigkeitsstiftung 2. Säule (nachstehend *Stiftung* genannt) wird die auf dem Freizügigkeitskonto des Vorsorgenehmers vorhandenen Gelder unter ihrem Namen bei ihrer Depotbank, der Credit Suisse (Schweiz) AG, anlegen und als Anspruch des Vorsorgenehmers besonders kennzeichnen lassen. Für die Administration der Freizügigkeitskonten und -depots kann die Stiftung die Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. die Credit Suisse AG oder einen Dritten beauftragen und diesen jeweils ein Substitutionsrecht einräumen.

3 Betreuung und Beratung

Die Betreuung und Beratung der Vorsorgenehmer erfolgt durch die Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. die Credit Suisse AG.

Hat der Vorsorgenehmer eine Bankbeziehung bei der Credit Suisse AG oder bei der Credit Suisse (Schweiz) AG, wird seine Vorsorgebeziehung wenn möglich im Rahmen seiner Bankbeziehung betreut. Möchte er darauf verzichten, so hat er dies der Stiftung anzuzeigen. In diesem Fall erfolgt die Betreuung der Vorsorgebeziehung unabhängig von seiner Bankbeziehung. Adressinstruktionen oder andere das Vorsorgeverhältnis betreffende Mitteilungen müssen dann für diese Beziehung separat erfolgen.

4 Online Banking

Hat der Vorsorgenehmer Online Banking (mit oder ohne E-Dokumente) bei der Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. der Credit Suisse AG gemäss den dort geltenden Bedingungen, so darf im Online Banking die Vorsorgebeziehung angezeigt werden. Die Anzeige kann jederzeit eingeschränkt oder aufgehoben werden.

5 Kundendaten

Die Stiftung verpflichtet sich, die im Rahmen der Vorsorgevereinbarung bekannt gegebenen Personendaten des Vorsorgenehmers vertraulich zu handhaben.

5.1 Datenaustausch und Offenlegung

Der Vorsorgenehmer ermächtigt die Stiftung, alle Daten im Rahmen der Vorsorgebeziehung an die Credit Suisse AG und/oder die Credit Suisse (Schweiz) AG zu übermitteln. Hat der Vorsorgenehmer eine Bankbeziehung bei der Credit Suisse AG oder bei der Credit Suisse (Schweiz) AG, so darf die Bank die für die Betreuung und Abwicklung der Vorsorgebeziehung erforderlichen Informationen und Dokumente der Stiftung mitteilen (z.B. Kontodaten, Adressänderungen, Unterschriftenbild oder Todesfalldokumente).

Im Rahmen der für die Stiftung, die Credit Suisse AG und die Credit Suisse (Schweiz) AG geltenden rechtlichen Vorgaben dürfen Informationen über allfällige Vorsorgebeziehungen auf Anfrage hin gegenüber Dritten offengelegt werden.

Diese Ermächtigung bleibt über den Tod und den Eintritt der Handlungsunfähigkeit des Vorsorgenehmers hinaus in Kraft.

5.2 Datenverwendung

Die Stiftung, die Credit Suisse AG und die Credit Suisse (Schweiz) AG dürfen erhaltene Daten zur Kundenbetreuung und -beratung, für Marketingaktivitäten oder zu statistischen Zwecken verwenden. Eine vom Vorsorgenehmer verwendete oder bekanntgegebene E-Mail-Adresse darf im Rahmen der Freizügigkeitsbeziehung verwendet werden.

5.3 Bevollmächtigte

Hat der Vorsorgenehmer gegenüber der Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. der Credit Suisse AG bezüglich der Bankbeziehung, unter der seine Vorsorgebeziehung geführt wird, einen Bevollmächtigten ernannt, so darf diesem die Vorsorgebeziehung angezeigt und Auskunft darüber erteilt werden. Ausgenommen von dieser Regelung sind Vollmachten auf der Bankbeziehung, die auf einzelne Konten oder Depots eingeschränkt sind.

Die Regelung im vorherigen Absatz gilt auch für Ermächtigungen im Online Banking.

6 Kapitaleingänge

Die bisherige Personalvorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung überweist die Freizügigkeitsleistung an die Stiftung.

Nachträgliche Einlagen sind möglich, sofern es sich um Austrittsleistungen aus einer Vorsorgeeinrichtung oder Vorsorgekapitalien aus einer anderen Freizügigkeitseinrichtung handelt. Unrechtmässig überwiesene Freizügigkeitskapitalien werden an die bisherige Vorsorgeeinrichtung zurückerstattet.

Einzahlungen durch den Vorsorgenehmer selbst sind nur dann zulässig, wenn es sich um Rückzahlungen von im Rahmen der Wohneigentumsförderung gemäss Art. 30d BVG getätigten Vorbezügen oder Pfandverwertungen handelt.

7 Freizügigkeitskonto und Wertschriftenanlage

Freizügigkeitsguthaben werden verzinst, wenn sie in Form eines Kontos geführt werden. Dieses Konto wird jährlich am 31. Dezember abgeschlossen und geniesst das Sparprivileg im Sinne des schweizerischen Bankengesetzes. Der Zinssatz wird laufend den Marktbedingungen angepasst.

Auf Grund eines Auftrages des Vorsorgenehmers kann das bei der Stiftung eingehende Kapital in eine der angebotenen Anlagegruppen oder andere Anlageprodukte (z.B. kollektive Anlagen, Zertifikate, strukturierte Produkte) investiert werden. Sämtliche von der Stiftung angebotenen Anlageprodukte entsprechen den gesetzlichen Vorschriften der BVV 2. Die Stiftung erwirbt im Auftrag und zugunsten des Vorsorgenehmers die entsprechende Anzahl von Ansprüchen des vom Vorsorgenehmer gewählten Anlageproduktes.

Der Stiftungsrat legt fest, welche Anlageprodukte durch die Stiftung angeboten werden. Für das in Anlageprodukte angelegte Freizügigkeitsguthaben besteht weder ein Anspruch auf eine Verzinsung noch auf Kapitalwerterhaltung. Das Anlagerisiko trägt der Vorsorgenehmer. Der Vorsorgenehmer ist sich bewusst, dass aus der Investition in Wertschriften auch Kursverluste entstehen können, welche er selber zu tragen hat. Die Stiftung übernimmt dafür keine Haftung.

Die Anlageprodukte werden in ein auf die Stiftung lautendes Freizügigkeitsdepot bei der Credit Suisse (Schweiz) AG eingebucht. Im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen kann die Credit Suisse (Schweiz) AG von Dritten (inklusive anderen Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe) Retrozessionen, Vergütungen, Gebühren, Kommissionen inkl. Bestandespflegekommissionen, Rückerstattungen, Abschläge, Rabatte, Vertriebsentschädigungen, Zuwendungen oder andere Leistungen (nachfolgend «Entschädigungen») erhalten. Entschädigungen bemessen sich üblicherweise in Prozenten des von der Bank insgesamt gehaltenen Anlagevolumens eines Anlageproduktes. Die von der Bank vereinnahmten Entschädigungen können sich bei kollektiven Kapitalanlagen einschliesslich Produkten von Anlagestiftungen innerhalb folgender Bandbreite bewegen: 0 bis maximal 2% pro Jahr. Die Grössenordnung der maximalen Entschädigung je Kunde ergibt sich durch Multiplikation

des maximalen Prozentsatzes mit dem Wert des Anlagevolumens in der jeweiligen Produktkategorie. Die Credit Suisse (Schweiz) AG kann auch bei unvollständigen Jahresperioden die volle Jahresentschädigung gemäss der oben erwähnten Bandbreite erhalten. Sollten diese Entschädigungen ohne entsprechende Abrede einer gesetzlichen Ablieferungspflicht gegenüber der Stiftung bzw. dem Vorsorgenehmer unterliegen, verzichtet der Vorsorgenehmer auf das Recht auf Herausgabe dieser Entschädigungen, insbesondere auch für den Fall, dass entsprechende Entschädigungen den Aufwand für die seitens Credit Suisse (Schweiz) AG für die Stiftung erbrachten Leistungen übersteigen sollten. Vorbehalten bleiben zwingende gesetzliche Bestimmungen.

8 Informationspflicht und Kommunikation

Der Vorsorgenehmer erhält von der Stiftung nach Eröffnung des Freizügigkeitskontos und dem getätigten Wertschriftenkauf eine Bestätigung und jeweils im Januar des Folgejahres eine Übersicht über sein Freizügigkeitskonto und/oder -depot per 31. Dezember.

Hat der Vorsorgenehmer herbeigeführt, dass diese Unterlagen und/oder darin enthaltene Angaben in den Besitz von Unberechtigten gelangen und wird dadurch eine falsche Auszahlung von Leistungen verursacht, haftet die Stiftung nur bei grober Fahrlässigkeit oder Absicht.

Der Vorsorgenehmer hat der Credit Suisse (Schweiz) AG oder der Credit Suisse AG zuhänden der Stiftung oder der Stiftung direkt sämtliche Änderungen seiner Situation, beispielsweise Adress-, Namens-, und Zivilstandsänderungen schriftlich mitzuteilen. Ist der Vorsorgenehmer verheiratet, hat er der Stiftung das Datum der Heirat bekanntzugeben. Die Stiftung lehnt jede Verantwortung für die Folgen ungenügender, verspäteter oder unrichtiger Angaben von Adresse oder Personalien ab.

Namenswechsel oder Zivilstandswechsel sind mit einem amtlichen Dokument zu belegen.

Sämtliche Korrespondenz des Vorsorgenehmers hat in einer der Landessprachen oder Englisch zu erfolgen.

Mitteilungen von Seiten der Stiftung oder der Credit Suisse (Schweiz) AG oder der Credit Suisse AG auftrags der Stiftung gelten als rechtsgültig zugestellt, wenn sie an die letzte vom Vorsorgenehmer bekanntgegebene Adresse geschickt worden sind.

Vergessene Freizügigkeitsguthaben werden nach Ablauf von 10 Jahren ab dem ordentlichen Rücktrittsalter an den Sicherheitsfonds überwiesen.

9 Altersleistung

Der Vorsorgenehmer hat Anspruch auf die Altersleistung. Altersleistungen werden in der Regel mit Erreichen des ordentlichen BVG-Rücktrittsalters ausbezahlt.

Sie dürfen frühestens fünf Jahre vor diesem Zeitpunkt ausgerichtet werden und müssen spätestens fünf Jahre nach diesem Zeitpunkt bezogen werden. Den Bezug der Altersleistung hat der Vorsorgenehmer mit dem entsprechenden Formular schriftlich bei der Stiftung zu beantragen.

Die Altersleistung kann vorzeitig an einen Vorsorgenehmer ausbezahlt werden, welcher eine volle Invalidenrente der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) bezieht.

10 Todesfallleistung

Stirbt der Vorsorgenehmer, bevor die Altersleistung fällig geworden ist, gilt das Freizügigkeitskapital als Todesfallkapital und wird den folgenden Personen in nachstehender Reihenfolge ausgerichtet:

- a) dem überlebenden Ehegatten, und soweit sie gemäss BVG einen Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besitzen, den Waisen, den Pflegekindern sowie gegebenenfalls dem geschiedenen Ehegatten; bei deren Fehlen
- b) den natürlichen Personen, die vom Vorsorgenehmer in erheblichem Masse unterstützt worden sind oder der Person, mit welcher der Vorsorgenehmer in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder der für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss; bei deren Fehlen
- c) den Kindern, welche nicht gemäss BVG einen Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besitzen; bei deren Fehlen
- d) den Eltern; bei deren Fehlen
- e) den Geschwistern; bei deren Fehlen
- f) den übrigen gesetzlichen Erben, unter Ausschluss des Gemeinwesens.

Der Vorsorgenehmer hat das Recht, die Ansprüche der Begünstigten näher zu bezeichnen und den Kreis von Personen nach a) mit solchen nach b) zu erweitern. Ebenso hat der Vorsorgenehmer das Recht, die Reihenfolge der Begünstigten nach c), d) und e) zu ändern.

Werden die Ansprüche der Begünstigten nicht näher bezeichnet, erfolgt die Aufteilung unter mehreren Begünstigten derselben Kategorie zu gleichen Teilen.

Die Stiftung behält sich vor, bei Kenntnis von Erbnüchtheit nach Schweizerischem Zivilgesetzbuch (ZGB) die Auszahlung an die unter a) – f) aufgeführten Personen zu verweigern.

11 Überweisung des Freizügigkeitsguthabens

Eine Überweisung des Freizügigkeitsguthabens an eine Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung ist jederzeit möglich. Teilüberweisungen sind dann zulässig, wenn sie für den Einkauf in eine Vorsorgeeinrichtung bestimmt sind.

Das Freizügigkeitsguthaben darf jedoch höchstens an eine weitere Freizügigkeitseinrichtung übertragen werden.

12 Vorzeitige Barauszahlung

Eine vorzeitige Barauszahlung ist zulässig, wenn

- a) der Saldo des Freizügigkeitskontos kleiner ist, als der auf ein ganzes Beitragsjahr hochgerechnete Jahresbeitrag des Vorsorgenehmers im vorhergehenden Vorsorgeverhältnis;
- b) der Vorsorgenehmer den Wirtschaftsraum Schweiz und Liechtenstein endgültig verlässt. Die Barauszahlung des BVG-Guthabens, d.h. des obligatorischen Teils, ist beim endgültigen Verlassen der Schweiz nicht mehr möglich, wenn der Vorsorgenehmer nach dem Recht eines Mitgliedstaates der EU (bzw. der EFTA) für die Risiken Alter, Tod und Invalidität weiterhin obligatorisch versichert ist;
- c) der Vorsorgenehmer in der Schweiz eine selbstständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der obligatorischen Versicherung nicht mehr untersteht. Der Bezug ist innerhalb eines Jahres nach Aufnahme der selbstständigen Erwerbstätigkeit möglich.

13 Ausrichtung der Leistung

Die Leistung wird ausschliesslich in Kapitalform erbracht und 30 Tage nach Eingang des vollständigen Gesuchs fällig. Die Höhe der Leistung entspricht jeweils dem Saldo des Freizügigkeitskontos zuzüglich Zinsgutschrift und/oder dem Erlös aus dem Verkauf von Ansprüchen der Anlagegruppen. Falsch bzw. unrechtmässig ausgerichtete Leistungen sind an die Stiftung zurückzuerstatten.

14 Bezug der Leistung

1. Für den Bezug des Freizügigkeitsguthabens oder der Altersleistung hat der Vorsorgenehmer bei der Stiftung je nach Sachverhalt das entsprechende Formular einzureichen, welches genaue Angaben über den Auszahlungsgrund und die Zahlungsinstruktionen enthält und die benötigten Dokumente pro Zahlungsgrund aufführt. Der Vorsorgenehmer muss den Ehegatten bzw. den eingetragenen Partner gemäss den Anforderungen im Bezugsantrag mitunterzeichnen und dessen Unterschrift auf dem Formular beglaubigen lassen. Sämtliche Formulare sind bei der Stiftung erhältlich. Alle formellen Voraussetzungen auf den Formularen gelten als Bestandteil dieses Reglements.
2. Bei der Ausrichtung von Freizügigkeits- und Altersleistungen wird die Stiftung in der Regel innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Gutheissung des Auszahlungsgesuches des Vorsorgenehmers den Auftrag erteilen, die Ansprüche an Anlageprodukten zu veräussern. Beim Ableben des Vorsorgenehmers wird der Auftrag erteilt,

sobald die Stiftung mit einem Zivilstandsdokument über den Todesfall informiert worden ist.

3. Die Stiftung behält sich vor, weitere Bescheinigungen einzuverlangen, soweit dies für die Abklärung des geltend gemachten Sachverhalts notwendig erscheint.

15 Vollständige oder teilweise Überweisung der Leistung

1. Wenn der Vorsorgenehmer den Auftrag zur teilweisen Überweisung des Freizügigkeitsguthabens erteilt, was nur bei Einkauf in die Vorsorgeeinrichtung, Scheidung und Vorbezug für Wohneigentumsförderung zulässig ist, verkauft die Stiftung nur den Teil an Anlageprodukten, welcher dem angegebenen Betrag entspricht.
2. Tritt der Vorsorgenehmer in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein (z. B. bei Stellenwechsel), ist das Freizügigkeitskapital zu übertragen. Der Eintritt ist der Stiftung zu melden.
Für die Überweisung an eine neue Vorsorgeeinrichtung ist die Verwendung des Formulars nicht zwingend. Das entsprechende Begehren ist aber durch den Vorsorgenehmer zu unterzeichnen und ein Einzahlungsschein der neuen Vorsorgeeinrichtung ist beizulegen.
3. Die neue Vorsorgeeinrichtung ist auch berechtigt, die Überweisung direkt bei der Stiftung zu veranlassen.

16 Verpfändung und Abtretung

Der Leistungsanspruch kann vor Fälligkeit weder rechtsgültig abgetreten noch verpfändet werden. Art. 17 bleibt vorbehalten.

17 Wohneigentumsförderung

Der Vorsorgenehmer kann bis zur Höhe des gesetzlich vorgeschriebenen Maximalbetrages die Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf vorbeziehen oder verpfänden. Vorbezug und Verpfändung richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie dem *Reglement für die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge*.

18 Ehescheidung

Bei Ehescheidung kann das Gericht bestimmen, dass ein Teil der Freizügigkeitsleistung, die ein Vorsorgenehmer während der Dauer der Ehe erworben hat, an die Vorsorgeeinrichtung seines Ehegatten übertragen und auf scheidungsrechtliche Ansprüche, welche die Vorsorge sicherstellen, angerechnet wird.

Diese Leistung wird durch die Stiftung gemäss dem Gerichtsurteil an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des berechtigten Ehegatten überwiesen.

Bis zum Nachweis, dass die vorsorgerechtlichen Ansprüche des berechtigten Ehegatten befriedigt wurden, behält sich die Stiftung vor, ergänzende Unterlagen zur Prüfung des Sachverhalts einzufordern. Solange diese nicht vorliegen, kann sie ein allfälliges Auszahlungsgesuch des Vorsorgenehmers ablehnen.

19 Steuerliche Behandlung

Das Freizügigkeitskapital und die daraus fliessenden Erträge sind bis zur Fälligkeit steuerfrei. Die Leistung unterliegt der Besteuerung nach eidgenössischem und kantonalem Recht. Bei Auszahlungen, die der Quellensteuer unterliegen, wird diese direkt von der Vorsorgeleistung in Abzug gebracht. Der Quellensteuer unterliegen Auszahlungen an Personen ohne steuerrechtlichen Aufenthalt oder Wohnsitz in der Schweiz. Die Stiftung darf zur Feststellung des Wohnsitzes bei Auszahlung vorgängig eine Wohnsitzbestätigung einfordern. Bestehen keine schlüssigen Angaben über den Wohnsitz, hat die Stiftung in jedem Falle die Quellensteuer zu erheben.

20 Gebühren

1. Die Stiftung kann zur Deckung ihrer Verwaltungskosten gegenüber dem Vorsorgenehmer und den Begünstigten Gebühren erheben und diese dem Freizügigkeitskonto belasten oder von der Leistung in Abzug bringen. Der Vorsorgenehmer ist dafür verantwortlich, dass sein Freizügigkeitskonto jederzeit einen für die Gebührenbelastung ausreichenden Saldo aufweist. Trifft dies nicht zu, ist die Stiftung dazu ermächtigt, allfällig vorhandene Wertschriften des Vorsorgenehmers zur Deckung des negativen Saldos zu veräussern, wie wenn der Vorsorgenehmer der Stiftung einen entsprechenden Auftrag erteilt hätte. Die Gebühren werden in einem separaten Kostenreglement geregelt, welches bei der Stiftung erhältlich ist.
2. Bricht der Kontakt zum Vorsorgenehmer aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Informationen (vgl. Ziff. 8 Abs. 3) ab und werden in der Folge die bei der Stiftung hinterlegten Vermögenswerte kontaktlos, so belastet die Stiftung dem Vorsorgenehmer die ihr entstehenden Kosten für die Nachforschungen ebenso wie für die besondere Behandlung und Überwachung kontaktloser Werte.
3. Ist der Kontakt zum Vorsorgenehmer abgebrochen, werden dem Freizügigkeitskonto die laufenden Gebühren weiterhin belastet.

21 Haftung

Die Stiftung haftet dem Vorsorgenehmer gegenüber nicht für die Folgen, die sich ergeben, wenn der Vorsorgenehmer die gesetzlichen, vertraglichen oder reglementarischen Verpflichtungen nicht einhält.

22 Gerichtsstand

Für Streitigkeiten aus diesem Reglement sind ausschliesslich Schweizer Gerichte zuständig. Der Gerichtsstand ist der schweizerische Sitz oder Wohnsitz der beklagten Partei.

23 Inkrafttreten, Änderungen

Dieses Reglement tritt am 15. Februar 2021 in Kraft und ersetzt alle früheren Reglemente.

Änderungen der einschlägigen, diesem Reglement zu Grunde liegenden Gesetzesbestimmungen bleiben vorbehalten und gelten ab ihrer Inkraftsetzung auch für das vorliegende Reglement.

Der Stiftungsrat ist berechtigt, Änderungen dieses Reglements jederzeit vorzunehmen. Die Änderungen bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Sie werden dem Vorsorgenehmer in geeigneter Form bekannt gegeben.